

**Öffentliche Anhörung im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales
und Ausschuss für Frauenpolitik im Landtag am 4. Februar 2009**

**Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien
Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen**

zur Drucksache 14/7064

„AIDS-Politik gestalten – Konzept zur Prävention weiterentwickeln“

Die Freie Wohlfahrtspflege beschränkt sich in ihrer Stellungnahme auf die Beantwortung der eher übergeordnet und strukturell ausgerichteten Fragen 1- 4.

1. Wie bewerten Sie die Tatsache, dass im Rahmen der Kommunalisierung die Themenkomplexe Drogen- /Suchthilfe und AIDS-Hilfe zusammen bearbeitet und in einer Rahmenvereinbarung verknüpft wurde?

Die Verknüpfung der Themenkomplexe Sucht und AIDS ist politisch gewollt. Diese künstliche Konstruktion wird den Besonderheiten der Sucht- und AIDS-Arbeit mit ihren unterschiedlichen Förderungen und Strukturen nur bedingt gerecht. Es wird der Anschein erweckt, dass durch die Rahmenvereinbarung eine rationale und angemessene Grundlage zur Förderung beider Arbeitsbereiche besteht. Den unterschiedlich gewachsenen Versorgungs- und Finanzierungsstrukturen von Sucht und AIDS wird kaum Rechnung getragen. Es wird auch zukünftig notwendig sein eine fachliche Differenzierung vorzunehmen um den bisher erarbeiteten Qualitäts- und Versorgungsstandart aufrechtzuerhalten.

2. Welche Auswirkungen sehen Sie durch die Kommunalisierung der Landesmittel für die örtliche AIDS-Prävention? Insbesondere für die inhaltliche Ausrichtung der AIDS-Prävention vor Ort?

Durch Beschluss des Landtages wurde zum 31.12.2006 die Richtlinienförderung für das AIDS-Präventionsprogramm Youthwork des Landes NRW eingestellt. Die 34 Regionen in denen das Youthworkprogramm angeboten wurde, erhielten stattdessen

Gemeinsam für ein soziales Nordrhein-Westfalen



Freie Wohlfahrtspflege NRW

eine fachbezogene Pauschale zur eigenständigen Verwendung. Die Entscheidung war weder fachlich erörtert noch war eine entsprechende Konzeption zur Verteilung

der Landesmittel erarbeitet worden. Die regionalen Besonderheiten und die Sicherstellung von überregionalen Angeboten, zum Beispiel im Bereich der Justizvollzugsanstalten finden nun keine Berücksichtigung mehr und werden wohl entfallen.

3. Sehen Sie die Befürchtung, dass im Zuge der Kommunalisierung der Landesmittel Kürzungen seitens der Kommunen und Kreise an den bisher bereitgestellten kommunalen Haushaltsmitteln vorgenommen werden?

Die zur Verfügung stehenden Landesmittel motivieren die Kommunen nicht zu einem eigenständigen Mitteleinsatz. Durch die vorherige Richtlinienförderung war es den Trägern der AIDS-Arbeit möglich, Kommunalübergreifende Aufgaben, wie die Versorgung von Nachbarkommunen mit geringem Angebot oder in Justizvollzugsanstalten unaufwendig wahrzunehmen. Eine Konzentration auf die eigene Kommune führt bereits jetzt bei den Kommunalübergreifenden Angeboten der Träger zu einer Absenkung der Qualität der AIDS-Arbeit, ohne dass Kürzungen der kommunalen Mittel vorgenommen werden. Weiterhin sind keine Mittel zur Sicherung der Präventionsmaßnahmen insbesondere Mittel für Kampagnen und notwendige Ansätze für Forschungsmaßnahmen nicht in den kommunalen Haushalten vorgesehen, was auch ohne Mittelkürzung zu Absenkungen des bisherigen Qualitätsstandards führen wird.

4. Welche Rolle spielt das Land NRW im Rahmen einer koordinierten AIDS-Hilfepolitik von Bund, Ländern und Kommunen?

Das Land NRW hat sich durch die Kommunalisierung der Landesmittel im AIDS-Bereich sehr deutlich aus der Steuerung und Weiterentwicklung der AIDS-Arbeit zurückgezogen. Es fehlt ein aktuelles Lands-Aids-Programm als Grundlage der weiteren Arbeit. Bei der jetzigen Durchführung der Kommunalisierung der Landesmittel schreibt das Land NRW lediglich einen Ist-Zustand des Jahres 2006 fest. Das Land NRW kann zurzeit keine ausreichenden Aussagen zur Definition und Steuerung des Landesmitteleinsatzes für den AIDS-Präventionsbereich machen. Es fehlt die Sicherstellung der vorhandenen Beratungs- und Versorgungsstrukturen sowie Kommunenübergreifender Aufgabenfelder.

Dortmund, den 29.01.2009

Gemeinsam für ein soziales Nordrhein-Westfalen

